

PRESSEMITTEILUNG

Stiftung lädt Initiative erneut zum Gespräch ein und weist unsachliche Kritik zurück

Potsdam, den 1. April 22

Stiftung und Nagelkreuzgemeinde laden die Initiative „Christen brauchen keine Garnisonkirche“ zu einem Gespräch ein. Kritikpunkte und Informationen können so am besten ausgetauscht werden. Diese Einladung schließt an mehrfache Gespräche mit der Initiative an.

Die Stiftung Garnisonkirche Potsdam nimmt kritische Fragestellungen auf, denn nur im Gespräch miteinander werden beide Seiten klüger.

Die von Pfarrer i.R. Hülsemann artikulierte Kritik ist jedoch in großen Teilen nicht sachgerecht. Sie geht von falschen Tatsachen aus. Zudem blendet sie das Wirken von Gemeinde, Fördergesellschaft und Stiftung aus. In der Nagelkreuzkapelle finden seit Jahren zahlreiche Angebote statt. Am Ort der Garnisonkirche wird schon jetzt Friedens- und Bildungsarbeit realisiert. Der Gedanke des Forums an der Plantage wird mit keinem Wort erwähnt. Zudem geht es um Konversion und Beiträge zur Förderung von Demokratie, von Frieden und Versöhnung.

Wieland Eschenburg, Kommunikationsvorstand der Stiftung: „Ich würde mich freuen, wenn das avisierte Gespräch gelingt, denn wir möchten gern im direkten Austausch auch mit kritischen Begleiterinnen und Begleitern gemeinsam Zukunftsperspektiven für diesen Ort weiterentwickeln.“



Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche e.V.

Vorsitzender
Prof. Dr. Matthias Dombert

Nagelkreuzgemeinde Garnisonkirche Potsdam

Assistent des Pfarramts
Matthias Kasparick

Telefon: 0331.97931947
Telefax: 0331.2011831
assistenz-pfarramt@garnisonkirche-potsdam.de

Stiftung Garnisonkirche Potsdam

Kommunikationsvorstand
Wieland Eschenburg

Verwaltungsvorstand
Peter Leinemann

Theologischer Vorstand
OKR Martin Vogel

Pressereferentin
Maria Zach

Gutenbergstraße 71/72
14467 Potsdam

Telefon: 0331.5058168
Telefax: 0331.6012265
presse@garnisonkirche-potsdam.de

www.garnisonkirche-potsdam.de

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages